

»Bausewein schlägt in die Kerbe der CDU«

Der SPD-Chef von Thüringen will Kinder von Asylbewerbern von der Schulpflicht ausschließen. Ein Gespräch mit Martin M. Arnold

Wie finden Sie es, dass Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD) in einem offenen Brief fordert, Kinder von Asylbewerbern von der Schulpflicht auszuschließen, bis deren Status geklärt ist? Oder dass er die »zügige Ausweisung von Menschen aus sicheren Herkunftsländern mittels Abschiebungen« vorschlägt?

Wir sind entsetzt über die Forderungen Bauseweins, der auch SPD-Landesvorsitzender ist, und weisen sie zurück. Er sollte die Fakten ken-

nelow (Linke) hat gerade Morddrohungen von Rechts-extremen erhalten. Ist Bauseweins offener Brief nicht ein Affront, fällt er ihm nicht in den Rücken?

So ist es. Auf Grund dessen fordert der Landesflüchtlingsrat von allen Politikern in Thüringen die klare Positionierung für das Recht auf Asyl ein. Bausewein macht mit seiner Polemik das Gegenteil, er fordert weitere rechte Stimmungsmache heraus und schafft damit große Probleme.

Wie ist zu erklären, dass Bausewein als Koalitionspartner nicht zuvor das Gespräch mit Ramelow gesucht hat?

Er wollte öffentlichen Druck aufbauen; aber genau das können wir nicht gebrauchen. Er schlägt in die Kerbe der CDU in Thüringen, die Bauseweins Initiative begrüßt. Die CDU-Fraktion im Suhlener Stadtrat geht in eine ähnliche Richtung. Sie klagt gegen die dortige Erstaufnahmeeinrichtung vor dem Meininger Verwaltungsgericht, um eine Teilschließung zu erreichen. Letztere ist zwar überbelegt, die Zustände sind katastrophal, aber die CDU trägt nicht zur Entschärfung der Situation bei, ebenso wenig Bausewein.

Grüne, Linke, sowie Kreise innerhalb seiner eigenen Partei haben sich bereits von ihm distanziert. Im Landesparlament wird es Klärungsbedarf geben. Zu hoffen ist, dass sich seine Erklärung als Einzelmeinung innerhalb der Thüringer SPD herausstellt.

Neonazis haben kürzlich vor dem Flüchtlingsheim im thüringischen Eisenberg den Hitlergruß gezeigt. Welche Politik halten Sie angesichts solch dreisten Auftretens für angebracht?

In den 90er Jahren hatten wir hier in Thüringen eine ähnlich eskalierte Situation. Wir haben daraus gelernt: Einen rechten Mob und die Mobilisierung von Brandstiftern wollen wir nicht mehr haben. An diesem Scheidepunkt stehen wir jetzt erneut, die Politiker müssen sich klar gegen Rassismus aussprechen. Die Bundesregierung muss durchgreifen, die Kommunen fördern und das Asylsystem besser finanzieren.

Das Nadelöhr von Erstaufnahmekriterien für die ersten drei Monate ist gescheitert. Die Landesregierung muss den privaten Wohnungsmarkt in Thüringen für Flüchtlinge öffnen: Wir haben eine Leerstandsquote von 8,3 Prozent, dennoch gibt es das Gerede vom Errichten von Zeltstädten – und das, obwohl bald der Winter naht. Es gibt viel zu tun.

Interview: Gitta Düperthal



Martin M. Arnold ist Sprecher des Flüchtlingsrats in Thüringen

nen: Die Schulpflicht ist in Deutschland als Errungenschaft historisch erkämpft worden. Es kann nicht sein, dass Bausewein auf Kosten von Kindern, die in Deutschland Zuflucht suchen, Unterschiede machen will.

In seinem offenen Brief befürwortet er zudem, die Liste der angeblich sicheren Länder auszuweiten. Der Flüchtlingsrat Thüringen lehnt ein Konzept grundsätzlich ab, das nach sicheren und unsicheren Herkunftsländern unterscheidet. Menschen, die aus existentiell bedrohlichen Situationen fliehen, bekommen so ihr Grundrecht auf Asyl verwehrt. Wer sich etwa mit der Situation in den Balkanländern auseinandersetzt und Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen verfolgt, weiß, dass von »sicheren Herkunftsländern« keine Rede sein kann.

Wie beurteilen Sie die Äußerungen Bauseweins vor dem Hintergrund, dass auch in Thüringen zur Zeit Neofaschisten vermehrt Flüchtlinge bedrohen? Müssen sich die Rechten nicht bestätigt fühlen?

In der Tat, er bedient populistische Forderungen, unterstützt Stammtischparolen, befeuert diese und weist zugleich politische Handlungsunfähigkeit auf. Ob es im Interesse seiner Partei ist, wie sich ihr Landesvorsitzender positioniert, ist fraglich: Asyl ist ein Menschenrecht. Es gilt, alles daran zu setzen, es zu erhalten und zu verbessern.

Ministerpräsident Bodo Ra-



Rücktritt gefordert.

In Berlin demonstrierten am Mittwoch mehrere hundert ehrenamtliche Helfer, die am Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) Flüchtlinge betreuen. Sie wendeten sich gegen die Weigerung des Senats, professionell zu helfen. Der Landesregierung gelingt es nicht, für menschenwürdige Bedingungen am Lageso zu sorgen. »Bei jedem Marathon schafft es die Stadt, Toiletten und Duschen für Zehntausende Menschen aufzustellen, aber bei Flüchtlingen bleibt sie untätig«, sagte ein Redner, der sich auch an den Sozialsenator wandte: »Wer überfordert ist, darf zurücktreten, Herr Czaja.« (jW)

Wieder Ermittlerin enttarnt

Hamburger Polizistin spitzelte linke Szene in der Hansestadt aus

Ernest ist in Hamburg eine verdeckte Ermittlerin der Polizei enttarnt worden. Wie Aktivisten am Mittwoch auf der Website Enttarnungen.blackblogs.org mitteilten, soll die Beamtin, deren tatsächliche Identität dort enthüllt wird, unter dem Decknamen »Maria Block« mindestens zwischen 2009 und 2012 in der linken Szene der Hansestadt aktiv gewesen sein. Sie sei tief in deren Strukturen eingedrungen und habe sich vielfältig an zum Teil auch strafrechtlich relevanten Aktionen beteiligt. Verbürgt seien auch Einsätze im internationalen Kontext, darunter in Dänemark, Belgien und Griechenland. Ein Sprecher der Hamburger Polizei bestätigte die Enttarnung gegenüber jW und verwies darauf, dass »eine Hamburger Polizeibeamtin betroffen« sei, es würden »derzeit die Gesamtumstände ermittelt«.

Dem ausführlichen und mit Porträtfotos der Beamtin versehenen Bericht auf der genannten Enthüllungsplattform zufolge sei die Beamtin durch einen Zufall enttarnt worden. Sie habe sich »über langjährige »Freundschaften« und mindestens ein sexuelles Verhältnis vielfältigen Zugang zum Privatleben und Privaträumen linker Aktivisten« verschafft. Personen, die ihr begegneten, seien verschiedene Situationen erinnerlich, in denen sie versuchte, »verbal-radikale Aussagen zu provozieren: So vertrat sie beispielsweise militante Konzepte in einem unangemessenen Rahmen (...) und versuchte Slogans wie »Nazis die Beine brechen« anschlussfähig zu machen«. In dem Text, der Auskunft zu verschiedenen Facetten ihrer Tätigkeit in der »Hafenvökü«, der »Planwirtschaft«, der »Roten Flora« und weiteren poli-

tischen Räumen der Hamburger Linken liefert, werden auch Parallelen zu anderen Fällen staatlicher Schnüffelei in linken Zusammenhängen aufgezeigt. Zuletzt hatte Ende vergangenen Jahres der Fall der verdeckten Ermittlerin Iris P. in der Hansestadt Aufsehen erregt (jW berichtete).

»Wenn die Vorwürfe zutreffen, dann offenbart das ein großes Problem der Polizei«, so Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft am Mittwoch zu den jüngsten Enthüllungen. »Entweder hat sie ihre »Beamtin für Lagebeurteilung« (BfL) nicht unter Kontrolle und nimmt ihre Rechtsbrüche stillschweigend in Kauf, oder sie ordnet die absolut unverhältnismäßigen Eingriffe in Grundrechte und die Rechtsbrüche ihrer Beamtin an. Beides ist inakzeptabel.«

StefanHuth

NACHRICHTEN

Taliban-Vorstoß in Afghanistan

Kabul. Die dschihadistischen Taliban haben einen Bezirk in der südafghanischen Provinz Helmand unter ihre Kontrolle gebracht. Bei den eine Woche andauernden Gefechten um den Distrikt Musa Kala seien 25 Sicherheitskräfte getötet und 15 verletzt worden, teilte die Polizei am Mittwoch mit. 50 Soldaten gelten als vermisst. Wie viele Taliban bei den Kämpfen starben, war zunächst nicht bekannt. Die Milizen haben damit innerhalb von zwei Wochen den zweiten von insgesamt 14 Bezirken der Provinz eingenommen. Ebenfalls am Mittwoch wurden in Helmand zwei Soldaten der NATO-Besatzungstruppen bei einem Angriff getötet. (dpa/jW)

USA: Morde während Liveschaltung

Washington. Eine US-Reporterin und ihr Kameramann sind am Mittwoch während einer Live-Schaltung erschossen

worden. Die Reporterin Alison Parker und ihr Kameramann Adam Ward drehten am Morgen im US-Bundesstaat Virginia, als sie von tödlichen Schüssen getroffen wurden. Dies war auf den Fernsehaufnahmen zu sehen. Das Motiv der Tat war zunächst unklar, die Polizei leitete eine Fahndung ein. »Wir wissen nicht, wer der Mörder ist«, äußerte der Leiter des Senders, Jeffrey Marks, gegenüber CNN. Parker habe an diesem Morgen ihren Abschied von der Sendung nehmen und dies feiern wollen. Auf den Livesequenzen, die mit Wards Kamera gedreht wurden, sind zunächst Schüsse zu hören, bevor die Kamera auf den Boden fällt. (AFP/jW)

2016: 22,9 Milliarden Euro Subventionen

Berlin. Der Bund wird Wirtschaftsunternehmen und Bürgern im nächsten Jahr Finanzhilfen und Steuervergünstigungen in einer Gesamthöhe von voraussichtlich 22,9 Milliarden Euro gewähren. Dies geht aus dem am Mittwoch vom Kabinett beschlossenen Subventi-

onsbericht hervor. 2013 hat der Betrag noch bei 20,4 Milliarden Euro gelegen. Der größte Teil des Geldes fließe in den Breitbandausbau für schnelleres Internet, in die energetische Gebäudesanierung sowie in Klimaschutzinitiativen, heißt es im Bericht. (AFP/jW)

Bund gibt mehr Geld für Flüchtlinge

Berlin. Mit weiteren 500 Millionen Euro unterstützt der Bund Länder und Kommunen bei der Versorgung der Flüchtlinge. Weitere Mittel stellte die Bundesregierung am Mittwoch in Aussicht. Wieviel die Versorgung dieser Menschen insgesamt koste, sei noch nicht zu beziffern, sagte Vize-regierungssprecherin Christiane Wirtz in Berlin. Das Bundeskabinett ließ das sogenannte Entlastungsbeschleunigungsgesetz passieren. Insgesamt fließt somit in diesem Jahr eine Milliarde Euro für die Unterbringung, medizinische Versorgung und Ernährung der Flüchtlinge. 500 Millionen Euro standen schon bereit. (dpa/jW)